

Partnerschaft kritisch erneuern

Für ein neues transatlantisches Verhältnis

Stefan Liebich

Bundesdeutschen Regierungen und großen Teilen der Bevölkerung galten die USA vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Präsidentschaft George W. Bushs als uneingeschränkter Freund Deutschlands. Bushs Kriege in Afghanistan und Irak wie die gesamte Konzeption des *war on terror* mit ihren „Kollateralschäden“ im bitteren weiten Sinne haben das Image der USA jedoch weltweit getrübt. Barack Obama, den schon vor seiner Wahl Hunderttausende in Berlin bejubelten, hat dieses Image wieder verbessert. In den USA schien ein Politikwechsel möglich. Selbst als bei der Wiederwahl Obamas im Jahre 2012 deutlich wurde, wie schwer er es mit der Umsetzung seiner Vorhaben hat und dass auch er die Kriegspolitik der USA mit bewaffneten Drohnen fortsetzt, waren immer noch mehr als 75 Prozent der Deutschen mit seinem Wirken zufrieden. Das änderte sich erst in diesem Jahr. Jeder zweite Deutsche ist nun unzufrieden mit Obamas Politik. Dieser Stimmungswechsel war aber nicht etwa anhaltendem Krieg, der fortwährenden Existenz des Gefangenenlagers Guantánamo oder dem Drohneneinsatz geschuldet. Vielmehr waren es die Enthüllungen um das großflächige Ausspionieren durch die NSA, die diese Haltung änderten. Viele politische Kräfte in der gesellschaftlichen Linken, die mit historischem Blick vom Vietnamkrieg über CIA-gestützte Putschisten bis zur Folter in Guantánamo ohnehin ein kritisches Verhältnis zu den USA hatten, fühlten sich durch diese Erkenntnisse in ihrer Position nur bestärkt. Jedoch hilft eine antiamerikanische oder so wirkende pauschale Ablehnungsposition zur US-Politik nicht weiter. Realismus und Differenzierungsvermögen in Kenntnis des politischen US-Systems sind Voraussetzung für den Austausch auch bei unterschiedlichen Standpunkten oder Interessenlagen. Begründete Kritik an einigen gegenwärtigen US-amerikanischen Ansätzen internationaler Politik oder an extremistischen Positionen der Tea Party ist nötig. Zugleich ist die Wendung in der Iranpolitik zu würdigen und die breit gefächerte politische Akteursstruktur zu beachten.

Allerdings verhielt sich die Bundesregierung in Bezug auf die NSA-Affäre geradezu verantwortungslos. Der Botschafter der

USA hätte schon im Juni, nach Bekanntwerden der Massenüberwachung von E-Mails, Facebook, Twitter und Co., einbestellt werden müssen. Wenn man einen Freund nach Hause einlädt, dieser dann heimlich die E-Mails auf dem Computer liest, würde man sich auch dazu äußern und sich nicht schmallend ob des missbrauchten Vertrauens in die Ecke setzen. Exakt dieses Verhalten legte die Regierung jedoch an den Tag. So etwas sollte es in einem modernen transatlantischen Verhältnis nicht geben. Die Regierung sollte sich für ein No-Spy-Abkommen zwischen der EU und den USA einsetzen, nur so kann ein Mindestmaß an Vertrauen wieder hergestellt werden. Und bei aller Belastung für das Verhältnis angesichts der Interessenlagen, Deutschland muss ein Aufklärungsinteresse haben und durchsetzen und kann auf die Mithilfe von Edward Snowden dabei nicht verzichten.

Es spricht viel für gemeinsame Regeln und für notwendige Aktualisierungen dabei. Gabriele Kickut schrieb in einer WeltTrends-Publikation treffend: „Die globalen Herausforderungen der heutigen Zeit werden nur in Kooperation mit und nicht in Konfrontation gegen die USA lösbar sein.“ Zusammenarbeit bleibt nötig und nutzt mehr als nur beiden Seiten. Dabei sollte es bilateral wie auch beim anstehenden Freihandelsabkommen nicht nur zu Handelsfragen Regelungen geben. Vielmehr sollte der Dialog auch Datenschutz, Klimaschutz, den Schutz der Menschenrechte oder die Instrumente zur Finanzmarktregulierung umfassen und auf gemeinsame Lösungen ausgerichtet sein. Wichtig am Freihandelsabkommen wird sein, dass mit Blick auf die sehr unterschiedlichen sozialstaatlichen Traditionen der Abbau von Handelshemmnissen nicht mit einem Abbau sozialer Standards einhergeht. Daran müssten auch Teile der US-amerikanischen Zivilgesellschaft Interesse haben.

Die massive Beschädigung, die das transatlantische Verhältnis im Zuge der NSA-Affäre erfahren hat, und die aus linksliberaler Sicht enttäuschenden Elemente der Bilanz von Obamas Präsidentschaft sind Ausdruck einer tiefen Krise zwischen den beiden Staaten, aber längst nicht das Ende der besonderen Beziehung. Die unbedingte Freundschaft aus der Zeit des Kalten Krieges sollte sich in eine neue transatlantische Partnerschaft wandeln. An der dürften nicht nur Wirtschaftsakteure ein verstärktes Interesse haben, sondern vor allem die Politik wie die Zivilgesellschaft. 🌐



Stefan Liebich, MdB
(DIE LINKE), in der
18. Legislaturperiode
Obmann im Auswärtigen
Ausschuss des Deut-
schen Bundestages.